

# **Anlage zur LPK des Sozialministeriums vom 25.7.2012 „Kabinett beschließt Eckpunkte zum neuen Heimrecht“**

## **Die Eckpunkte**

### **1. Handlungsbedarf**

Im Jahr 2010 lebten von den 65- bis 75- jährigen Menschen in Baden-Württemberg knapp 1 % im Heim, von den 75- unter 85- Jährigen gut 3 % und von den 85 Jährigen und Älteren bereits mehr als jeder Zehnte (knapp 12 %). 68,4 % aller Baden-Württemberger im Alter von 65 und mehr Jahren (in Zahlen rd. 1,4 Mill.) leben in einem Mehrpersonenhaushalt mit zwei oder mehr Personen. Rund 90 % dieser Senioren leben mit ihrem Ehepartner zusammen.

Mit zunehmendem Alter steigt in Baden-Württemberg der Anteil derjenigen sprunghaft an, die Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten. Dabei steigt der Bedarf der Frauen an Leistungen aus der Pflegeversicherung erheblich stärker als derjenige der gleichaltrigen Männer (Frauen und Männer zwischen 65 bis unter 75: jeweils 3 %; Männer der Altersgruppe 75 Jahre und älter: knapp 13 %; aber Frauen der gleichen Altersgruppe: rd. 22 % Pflegekassenleistungen). Das neue Landesgesetz soll entsprechend für ältere und pflegebedürftige Menschen sowie Menschen mit Behinderung gelten, die in einer im Gesetz genannten Wohnform leben oder dies anstreben. Anlass für die Reform ist eine zukunftsgerichtete und innovative Alten- und Behindertenpolitik in Baden-Württemberg. Die Vorgaben der Behindertenrechtskonvention gilt es in der Reform aufzunehmen.

Für die Männer und Frauen, die Unterstützungsbedarf haben, aber diese Unterstützung (noch) nicht im Heim gedeckt wird, entstehen vielfältige, variable Formen des Zusammenlebens im häuslichen Bereich mit Betreuung.

Sofern maßgeblich durch Betreuungs- und Pflegeleistungen in die Selbstbestimmung in der eigenen Häuslichkeit eingegriffen wird, besteht eine Notwendigkeit nach staatlichem Schutz älterer und behinderter Menschen, die außerhalb eines Heims, aber mit Betreuungs- oder Pflegebedarf mit anderen zusammen leben.

Gemäß Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention soll Menschen mit Behinderungen die volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft ermöglicht werden. Den unterschiedlichen Arten von Beeinträchtigungen kör-

perlicher oder psychischer Art stehen korrespondierend eine Vielzahl von Wohn- und Betreuungsangeboten gegenüber.

## **2. Ziele**

Das Landesgesetz soll die Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft fördern sowie die Bildung gemeinschaftlicher, selbstorganisierter Wohnformen älterer, behinderter und pflegebedürftiger Menschen unterstützen. Darüber hinaus stärkt es ältere, behinderte und pflegebedürftige Menschen als Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Landesgesetz wird mit dem neuen Gesetz zudem die Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Konzepten in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Pflege Rechnung tragen. Gleichzeitig gilt es die konzeptionelle Weiterentwicklung der Einrichtungen in Richtung Inklusion und Öffnung zu fördern. Der Teilhabegedanke und die Vorgaben der Behindertenrechtskonvention sollen in das Gesetz konsequent aufgenommen werden. Das gilt sowohl für Einrichtungen der Eingliederungshilfe als auch für Pflegeeinrichtungen. Der Supervisionsauftrag soll abgestuft werden entsprechend dem Grad der strukturellen Abhängigkeit der Bewohnerinnen und Bewohnern bzw. ihrem jeweiligen Schutzbedarf.

Die heimrechtlichen Regelungen in Baden-Württemberg werden deshalb mit der Zielsetzung weiter entwickelt:

- gestaffelte und bedarfsangepasste Anforderungsprofile je geschützter Wohnform zu entwickeln,
- die Qualitätsüberwachung vorrangig am ordnungsrechtlichen Auftrag des Heimrechts zu orientieren. Diese dient in erster Linie der Stärkung der Selbstbestimmung und Förderung der Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner und schließt auch die präventive und akute Abwehr von Gefahren für pflegebedürftige und behinderte Menschen ein.

## **3. Anwendungsbereich**

Das Landesgesetz soll die Vielfalt der konzeptionellen Versorgungsansätze umfassen und insbesondere die Bildung von ambulant betreuten Wohngemeinschaften unterstützen:

- Zentraler Anwendungsbereich des Heimrechts bleibt auch in Zukunft die stationäre Einrichtung. Stationäre Einrichtungen sind solche, in denen Bewohnerinnen und Bewohner ein umfassendes Leistungsangebot (Wohnen, Verpflegung, Pflege, Teilhabe- und andere Unterstützungsleistungen) erhalten. Bewohnerinnen und Bewohner bedürfen aufgrund der strukturellen Abhängigkeit von den

Trägern bzw. den angebotenen Leistungen eines besonderen Schutzes. Die stationären Einrichtungen unterliegen deshalb der umfassenden Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle durch die Heimaufsicht. Hierfür bleiben die wesentlichen qualitätssichernden Standards des bisherigen Heimrechts bestehen.

- Häusliche Betreuungsangebote mit teilweiser Fremdbestimmung sind ergänzend schutzbedürftig.
- Eine Ausweitung heimrechtlicher Überwachung auf ambulante Pflegeserviceangebote erfolgt ebenso wenig, wie eine Ausweitung des heimrechtlichen Schutzes auf Einrichtungen des Betreuten Wohnens und solitäre Tages- und Nachtpflegeangebote.

#### **4. Geschützte Wohnformen**

Dem gesetzlichen Schutz sind zukünftig alle unterstützenden Wohnformen unterstellt. Dazu gehören:

- a) Heime für ältere Menschen, volljährige Pflegebedürftige und volljährige Menschen mit Behinderung,
- b) Ambulant betreute Wohngemeinschaften unter folgenden Voraussetzungen:
  - Wohnraumüberlassung durch Anbieter zur entgeltlichen Nutzung
  - Zusammenleben von zwei bis acht Personen
  - Vom Anbieter sichergestelltes Angebot zur Betreuung von benannter Seite (spezifiziert nach Leistungsinhalt oder -umfang)
  - Keine vertragliche Gewährleistung eines sicherstellenden Rundumangebots (Darlegungslast: Anbieter)
- c) in Umsetzung der Behindertenrechtskonvention Wohngemeinschaften für nicht mehr als acht volljährige Menschen mit Behinderung, die in besonderem Maße der Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft dienen.

Keine Einbeziehung in das Landesgesetz erfolgt bei folgenden Wohnformen:

- selbstorganisierte Wohngemeinschaften, in denen bis zu acht Bewohnerinnen und Bewohner die Lebens- und Haushaltsführung selbstbestimmt gestalten, sie bei der Wahl und Inanspruchnahme von Pflege- und Unterstützungsleistungen frei sind, über die Aufnahme von MitbewohnerInnen frei entscheiden können und auf eigenen Wunsch von ehrenamtlich Tätigen unterstützt werden.

- Angebote des Servicewohnens, in denen lediglich allgemeine Unterstützungsleistungen, wie z. B. die Vermittlung von Dienst- und Pflegeleistungen, Hausmeisterdienste u. ä. verpflichtend geleistet werden, alle anderen weitergehenden Unterstützungsleistungen und die jeweiligen Anbieter frei wählbar sind.

## 5. Zielgruppen

Das Landesgesetz regelt Voraussetzungen, Anforderungen und Rechtsfolgen für stationäre Angebote für

- ältere, volljährige Menschen mit Betreuungs- oder Pflegebedarf
- und volljährige Menschen mit Behinderung im Sinne des § 53 SGB XII.

Die stationäre Lebensform und die für die Bewohner typische Abhängigkeit von Dritten, resultierend aus einem wie auch immer gearteten Hilfe-, Betreuungs-, oder Pflegebedarf, prägt die Lebenssituation beider Zielgruppen des Landesgesetzes. Die gesetzlichen Regelungen, Anforderungsprofile und Rechtsfolgen des Landesheimgesetzes werden deshalb nicht per se nach Zielgruppe differenziert, wohl aber den bestehenden, spezifischen Unterschieden zwischen pflegebedürftigen, älteren Menschen und behinderten Menschen Rechnung getragen.

## 6. Namensgebung

Der Neuausrichtung des Gesetzes unter Einschluss aller unterstützenden Wohnformen soll mit einem neuen Namen Rechnung getragen werden. Der Name soll kurz und prägnant bleiben. Geplant ist deshalb eine Neufassung des Gesetzes mit dem Titel „Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz – WTPG)“. Die einleitenden Regelungen des Gesetzes dienen der Umschreibung von Schutzzweck und Zielen.

## 7. Sicherstellung der (Grund)Rechte betreuter Menschen

Die individuellen (Grund-)Rechte des Einzelnen für beide Wohnformen (Heim; ambulant betreute WG) werden garantiert (u.a. Selbstbestimmung, Würde). Entsprechend dem höheren oder geringeren Schutzbedarf in den beiden geschützten Wohnformen werden den betreuungsbedürftigen Menschen schützende und sichernde Rechte (Teilhabe- und Mitbestimmungsregelungen z.B. Mitwirkungsrecht für Heimbewohner; verbleibende Gestaltungsspielräume der in der WG Lebenden; Verteilung der Darlegungslast) zugesichert.

## 8. Gesetzliches Anforderungsprofil und Rechtsfolgen

- Entsprechend dem jeweiligen spezifischen Schutzbedarf der verschiedenen Wohnformen werden die jeweiligen Anforderungen an die Betreuungsform und an den Betreiber/Anbieter beschrieben (u.a. Informations-, Meldepflichten, bauliche Anforderungen an Wohneinrichtungen, Personal- und Qualitätsmanagement, Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten).
- Der Beratungsansatz der Heimaufsicht wird bekräftigt und die Prüfbefugnisse der Heimaufsicht bleiben erhalten. Sie werden den jeweiligen Anforderungen in den Wohnformen angepasst.

## 9. Dualität der Prüfungen Heimaufsicht/Medizinischer Dienst der Krankenversicherungen (MDK)

- Der ordnungsrechtlich begründete Auftrag der heimaufsichtlichen Prüfbefugnis wird konkretisiert.
- Die Überwachungspraxis zweier prüfender Institutionen (Heimaufsicht und der MDK) im Alten- und Pflegebereich seit Etablierung des Prüfungsverfahrens nach § 114 ff. SGB XI ist keine doppelte Prüfung gleicher Prüfinhalte (Unterschiede in Methoden, Prüfinhalten, Prüftiefe und Eingriffsmöglichkeiten). Das Instrument der ordnungsrechtlich agierenden Heimaufsicht - „zur akuten und präventiven Abwehr von Gefahren für Leib und Leben“ – kann nicht durch das Instrument der Qualitätsüberprüfung des MDK – zur Überprüfung der vertraglich geschuldeten Leistungserbringung - ersetzt werden. Überschneidungen sollen gleichwohl vermieden werden.

## 10. Heimrechtliche Qualitätsüberwachung

Neben der Überwachung der Qualität der Heime durch wiederkehrende und anlassbezogene Prüfungen hat die Heimaufsicht ergänzende Aufträge (Beratung, Veröffentlichung der wesentlichen Ergebnisse, Qualitätsberichte).

Der ordnungsrechtliche Auftrag, zum Schutz betreuter Menschen tätig zu werden, wird künftig stärker in den Vordergrund gestellt.

Als Verbraucherschutzinstrument zur vergleichenden Qualitätsmessung sind die „Veröffentlichungen der Ergebnisse der Qualitätsprüfungen“ kurz „Qualitätsberichte“ des MDK dem Grunde nach geeigneter und stehen jedem Verbraucher (in optimierter Form) in Zukunft zur Verfügung. Grundsätzliche Informationspflichten zum Leistungsangebot dienen (zukünftigen) Bewohnerinnen und Bewohnern und treffen den Träger von Heimen.

Die besonderen Erkenntnisse aus der wiederkehrenden oder anlassbezogenen Qualitätsüberwachung der Heimaufsichtsbehörden werden künftig gezielt zur Verbesserung der Qualität und Information eines Interessenten und der aktuellen Bewohner genutzt. Das Wohl der einzelnen Bewohner steht dabei im Mittelpunkt. Für diese muss die qualitative Beurteilung der heimaufsichtlichen Überprüfung transparent werden, sobald er einen Einzug in ein bestimmtes Heim in Erwägung zieht.

Folgende Maßnahmen sollen diesen besonderen heimrechtlichen Schutz für alle Bewohner gewährleisten:

- a) Es wird eine neue gesetzliche Voraussetzung zum „Betrieb eines Heimes“ dergestalt formuliert, „dass ein Heim nur betrieben werden darf, wenn allen Bewohnern vor dem Abschluss eines Heimvertrags die aktuelle, letzte Fassung des Berichts „über die wesentlichen Ergebnisse der heimaufsichtlichen Überprüfung“ überlassen wird.
- b) Darüber hinaus muss dieser aktuelle Bericht der Heimaufsichtsbehörde an geeigneter Stelle im Heim einsehbar sein, so dass sich interessierte Bewohner Kenntnis verschaffen können.
- c) Ergänzend entscheidet die Heimaufsichtsbehörde in ermessensfehlerfreier Selbstverantwortung über eine (anonymisierte) Veröffentlichung und/oder öffentliche Erörterung von Positiv- und Negativbeispielen auf Kreisebene mit dem Ziel, durch gute oder schlechte Beispiele, die Qualität zu verbessern, nicht zu messen.

Diese speziellen Informationspflichten für Heimträger und Heimleitung - basierend auf der heimaufsichtlichen Qualitätsüberwachung - und ein Veröffentlichungs- und Steuerungsinstrument eigener Art der Heimaufsicht nehmen das Wohl der Bewohner in der einzelnen Einrichtung zum Maßstab und grenzen sich ab von den vergleichenden Veröffentlichungen des MDK.

Die in einem ähnlichen Abstimmungsverfahren wie die Qualitätsberichte des MDK von der Heimaufsicht zu erstellenden und zustimmungsabhängigen Qualitätsberichte nach § 15 LHeimG werden hierdurch ersetzt.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens wird geprüft, inwieweit mögliche Interessenkonflikte vermieden werden können, die sich daraus ergeben, dass die für die Heimaufsicht zuständigen Stadt- und Landkreise selbst Träger von Einrichtungen im Sinne dieses Gesetzes sind.